

Posener Zeitung.

Vierundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 477.

Donnerstag, 12. Oktober

1871.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 2½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Inserate 1½ Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Neblamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amisches.

Berlin, 11. Oktober. Se. Maj. der König hat verliehen: Dem öffentlichen Professor Dr. Hessel an der Universität in Marburg den Adler-Orden 3. Kl. mit der Schleife; dem Kreisgerichts-Sekretär, Kreisrath Schmalz zu Bamberg, Kr. Orlau, und dem Rentier, Hauptmann a. D. Hannemann zu Buzig, Kr. Neustadt (Westpr.), den Adler-Orden 4. Kl.; dem Fabrikbesitzer Franz Karl Guilleme zu Köln und dem 1. Ortsvorsteher, Landschaftsgärtner und Gutsbesitzer Jürgen zu Ottersen bei Altona, den Königl. Preuss. Orden 4. Kl.; dem Lehrer Reiffendts an der 7. Erwerbschule selbst den Adler der 4. Kl. des Königl. Hausordens von Hohenzollern.

Se. Majestät der König hat dem feithrigen Ober-Bürgermeister der Stadt Thorn, Justizrath a. D. Körner, bei seinem Auscheiden aus dem Kommunaldienste den Charakter als Geheimrath verliehen; sowie dem Rechnungsrath Müller bei der Hauptbank den Charakter als Geh. Rechnungsrath verliehen; den Kreisanwalt Simon von Zastrow in Kottbus zum Direktor des Kreisgerichts in Genthin und den Oberpfarrer Johann Friedrich Reinhold Gustav Nebe zu Weihenfeld zum Superintendenten der Pfarre Weihenfeld, Reg.-Bez. Merseburg, den Oberpfarrer Albert Ludwig Kirchner zu Sangerhausen, Reg.-Bez. Merseburg, den Oberpfarrer Karl Friedrich Richard Wagner zu Nordhausen zum Superintendenten der Pfarre Nordhausen, Reg.-Bez. Erfurt, ernannt.

Der Kreisrichter Lindinger in Kassel ist zum Rechtsanwalt am Kreisgericht in Schneidemühl und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Bromberg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Magonia, ernannt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Königsberg i. Pr., 11. Okt. Die „Königsb. S. Z.“ veröffentlicht ein Schreiben des kommandirenden Generals v. Barnekow an den Oberpräsidenten, worin derselbe der ganzen Provinz seinen Dank für den herzlichen Empfang der zurückgekehrten Truppen und zugleich die reue Ueberzeugung ausspricht, daß der Zusammenhang zwischen Volk und Herr sich treu bewährt habe.

Gumbinnen, 11. Okt. Der Kreistag von Darkehmen beschloß am 24. gegen 12 Stimmen das zum Bau der Eisenbahn von Insterburg nach Darkehmen erforderliche Terrain unentgeltlich abzutreten.

Braunschweig, 11. Okt. In der heute stattgehabten konstituierenden Generalversammlung der Braunschweigischen Kreditanstalt waren 348 Aktien durch 57 Aktionäre mit 143 Stimmen vertreten. Die Versammlung beschloß einstimmig die Anerkennung der Vollziehung des Kapitals von drei Millionen Thalern und der erforderlichen Einzahlung. Der Aufsichtsrath wählte die Mitglieder der Bandirection.

München, 11. Okt. Der König ist heute hier eingetroffen. — In parlamentarischen Kreisen verlautet, wird die Beantwortung der Interpellation Herz heute noch nicht erfolgen.

Wien, 11. Oktober. Der niederösterreichische Landtag hat den Antrag des Verfassungsausschusses angenommen, welcher lautet: „Die Wahl in den Reichsrath sind vorzunehmen, jedoch geschehe diese Wahl für keine andere Versammlung als für den dem Staatsgrundgesetz über die Reichsvertretung vom 21. Dezember 1867 entsprechenden, der Reichsvertretung.“ — Die „Wiener Abendpost“ bespricht wiederholt das Ausgleichsdelaborat des böhmischen Landtages und findet, daß dasselbe einen nicht zu verkennenden Fortschritt gegenüber der Deklaration bilde. Während die Deklaration den Standpunkt der Personalunion festgehalten, den ungarischen Ausgleich als bedingungsweise anerkannt und nur Landtage und die Delegation des Reichsrathes gekannt habe, siehe das jetzt vorliegende Ausgleichsdelaborat auf dem Standpunkte der Realunion, enthalte die bedingungsweise Anerkennung der Vereinbarung mit Ungarn und proponire, indem sie theilweise bedingungslos Anerkennung von dreiseitig gemeinsamen Angelegenheiten ausspreche, zugleich ein Organ für die konstitutionelle Regelung dieser Angelegenheiten.

West, 11. Oktober. Die Untersuchung gegen die verhafteten Arbeiter ist beendet. Dieselben sollen, wie die „Reform“ berichtet, mit der pariser Kommune in Verbindung gestanden und nach Anweisungen Internationalen gehandelt haben. Drei der äußersten Linken angehörnde Abgeordnete seien hierbei kompromittirt.

London, 11. Oktober. Das bereits angekündigte Meeting zu Gunsten einer Amnestie für die gefangenen Fenier hat gestern in London unter zahlreicher Betheiligung stattgefunden.

Paris, 10. Okt. Der dreiseitige Gefandte in Paris, Ritter von Mura, wird, wie die „Opinion“ meldet, demnächst hier eintreffen. Dasselbe Blatt bezieht die Mittheilung, daß die Veröffentlichung des Verhältnisses unmittelbar bevorstehe, für unbegründet.

Madrid, 10. Okt. In einer heute abgehaltenen Versammlung der progressivsten Partei wurde der Antrag, der Regierung ein Verfassungsvotum zu ertheilen, mit 92 gegen 42 Stimmen abgelehnt, worauf die in der Versammlung anwesenden Anhänger Sagasta's entfielen. Es wurde sodann zur Wahl der mit der Reorganisation der Pariser betrauten Kommission geschritten. Die Wahl fiel auf Borilla, Corrales, Figueroa, Gacha, Manuel Gomez, Rivero, Martos, Montero, Ros und Ruiz Gomez. Die Anhänger Sagasta's werden sich heute zur Beratung eines Manifestes versammeln. — Ein Minister des Innern ist noch nicht ernannt.

Athen, 10. Okt. Die Königin von Dänemark und die Prinzessin Alexandra sind in Begleitung des Königs und der Königin von Griechenland aus Corfu hier eingetroffen.

Newyork, 10. Oktober. Berichten aus Chicago zufolge wird der verheerende Schaden, so weit er sich bis jetzt übersehen läßt, auf etwa 10 Millionen Dollars geschätzt. Unter den Trümmern der abgebrannten Häuser sind 40 Leichen gefunden worden. Acht Personen, welche wäh-

rend des Brandes zu plündern versuchten, wurden sofort gehängt. Aus Buffalo, Pittsburg, Cincinnati, St. Paul und anderen Städten wurden große Vorräthe von Lebensmitteln, Kleidungsstücken u. nach Chicago abgesandt. — Eingetroffenen Nachrichten zufolge ist in Ohio der Kandidat der Republikaner, Meyer, zum Gouverneur gewählt worden, ebenso ist in Pennsylvania die republikanische Partei bei den Wahlen siegreich gewesen.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 11. Oktober. So viel man über den Verlauf der Beratungen in der gestern abgehaltenen Konseilsitzung erfährt, dürfte in Bezug auf die geschäftliche Behandlung des Militäretats diejenige Entschließung getroffen sein, welche schon seit einiger Zeit erwartet wurde, nämlich, daß eine Verlängerung des Pauschquantums auf ein Jahr beim Reichstage beantragt werden soll. Dabei wird von einer Erhöhung der Pauschsumme oder von extraordinären Forderungen, von denen einige Blätter wissen wollen, allen Anzeichen nach, nicht die Rede sein, sondern es bei der früheren Forderung sein Bewenden haben. — Die Gerüchte über eine bevorstehende Amnestie kehren in fast regelmäßigen Zeitabschnitten wieder. Neu ist immer nur das Gewand, in welchem sie auftreten. Nach der neuesten Version sollen im Bundes- (rech. Reichs-) Kanzleramt bereits die schließlichen Verfügungen getroffen sein, denen das Material nach eingehenden Beratungen aus den Ressorts der verschiedenen Ministerien geliefert wurde. Man braucht dem gegenüber nur daran zu erinnern, daß dem Kaiser der Befugniß der Begnadigung von Reichswegen garnicht zusteht, und daß daher das Reichskanzleramt sich mit einer Amnestie nicht zu befassen hat, so wie das Letztere nur mit den einzelnen Bundesregierungen nicht aber mit den Ressorts der verschiedenen Ministerien in direkter geschäftlicher Verbindung steht. — Ebenso unrichtig ist die Angabe, die sich auf den Entwurf eines Preßgesetzes bezieht, welcher den einzelnen Bundesregierungen jetzt zur gütlichen Aueßerung überwiesen sein soll, weil einzelne Mitglieder des Bundesraths, dem der Entwurf vorgelegen, sich gegen denselben als weit hinter den in einzelnen Bundesstaaten schon bestehenden Preßgesetzen zurückbleibend ausgesprochen hätten. Der Entwurf ist überhaupt noch garnicht dem Bundesrath vorgelegt, vielmehr einem früheren Beschluß des Bundesraths gemäß direkt den Regierungen überwiesen worden, um erst hinterher dem Bundesrath zur Bestätigung vorgelegt zu werden. — Bekanntlich sind die Beratungen über die vom Präsidenten Friedberg ausgearbeitete Straßprozeßordnung jetzt in vollem Gange. Wie man erfährt, schlägt dieser Entwurf völlig selbständige Wege ein, ohne sich an eine der in Deutschland bereits bestehenden Straßprozeßordnungen anzuknüpfen.

— Der Kronprinz trifft außerdem Vernehmen nach am Sonnabend von Wilhelmshöhe hier ein, wohnt am Montag der Eröffnung des deutschen Reichstages bei und kehrt alsdann nach Wilhelmshöhe zurück.

— Der „Reichsanzeiger“ (Nr. 140) veröffentlicht 1) ein Gesetz, betr. die persönlichen und sachlichen Ausgaben für die örtliche Forstverwaltung für 1871 und 1872, und 2) eine Verordnung, betr. die Versendung extraordinärer Zeitungsbeile durch die Post.

— Wie verlautet sind die Konsuln in Elsaß-Lothringen davon benachrichtigt worden, daß die deutsche Regierung ihr Exequatur als durch den Krieg erloschen betrachte und vorerst nicht erneuern werde. Es werden also bis auf Weiteres keine Konsuln in den neuen Provinzen fungiren. Eine thatsächliche Folge der Maßregel wird sein, wie ein Korrespondent der „Köln. Ztg.“ geltend macht, daß französische Konsuln nicht als politische Agenten sich in Elsaß-Lothringen etabliren können und Vorgänge, wie in Luxemburg während des Krieges, sich nicht in anderer Form wiederholen. Die Maßregel ist indessen allgemein und die verschiedenen Regierungen sollen davon in Kenntniß gesetzt sein.

— In den letzten Tagen haben zwischen dem Bundeskanzleramt, dem preussischen Finanzministerium und einigen anderen, mit den Verhältnissen des Geldmarktes vertrauten Personen Verhandlungen darüber stattgefunden, ob es zweckmäßig sei, den Besitzern der gekündigten Schatzscheine freizustellen, dieselben schon jetzt zur Einlösung zu präsentieren. Man ist bis jetzt noch zu keinem Entschluß gekommen, doch wird man sich wohl für die Einlösung entscheiden, da der Bundesregierung viel daran liegen muß, die Verhältnisse des Geldmarktes sich nicht zu sehr verwideln zu lassen.

Strasburg, 7. Oktober. In Folge des Aufhörens der Diäten wird der „Karlstr. Z.“ geschrieben — werden sich nur wenige deutsche Telegraphenbeamte in Elsaß-Lothringen anstellen lassen; ja, wie neuerdings verheißt, will nicht ein Einziger bleiben, da sie jährlich nur 100 Thlr. mehr als in der Heimath erhalten sollen, was bei den hiesigen enorm hohen Preisen allerdings blutwenig ist.

Brüssel, 8. Oktober. Die Arbeiterbewegungen beginnen eine Wendung zum Besseren zu nehmen. Denn wenn auch die Internationale ihre Bearbeitung der Arbeiter eifrig fortsetzt, in verschiedenen Industriezweigen neue Anhänger gewinnt und neue Ströme vorbereitet, so wenden sich dagegen andere Arbeitergruppen, die sich haben von ihr leiten oder verleiten lassen, getäuscht und unwillig wieder von ihr ab. Das ist aber wichtiger als die neuen Verlockungen, denn jene haben ihre Erfahrungen gemacht und handeln mit Bewußtsein und nach erlangter Erkenntniß. So haben die Arbeiter einer mechanischen Werkstätte auf die Früchte ihres erlangten Sieges freiwillig verzichtet, oder vielmehr die Fabrikanten gebeten, das frühere Reglement und Verhältnisse wieder herzustellen. Bei der kürzern realenmäßigen Arbeitszeit und den bedeutend erhöhten Lohnsätzen für Extrastunden verdienten sie in Wirklichkeit weniger als vorher, weil die Arbeitsherren nicht ihre Rechnung dabei fanden, zu diesen Preisen in Extrastunden arbeiten zu lassen. Es ist dies eine thatsächliche und verständliche Demonstration, daß die Interessen des Kapitals und der Arbeit denn doch bis zu einem gewissen Punkte solidarisch sind. (N. Z.)

Warschau, 9. Okt. Der petersburger „Börsezeitung“ wird aus Lithauen berichtet, daß in den Gouvernements Grodno und Minsk durch das dort garnisirende Militär die Syphilis in wahrhaft schreckenerregendem Umfang verbreitet ist und besonders unter dem Landvolke große Verheerungen anrichtet. In den Kreisen Kobryn,

Pinet, Nowogrod und Plomin gibt es kaum ein Dorf, wo diese scheußliche Seuche nicht allgemein grassirt und mit der Cholera in der Dezimierung der Bevölkerung nicht förmlich wetteifert. Ganze Familien, vom kleinsten Kinde bis zum Greise sind von derselben angesteckt und die Kranken wissen und begreifen nicht die Ursache ihrer schweren Leiden. Der Korrespondent erwähnt nicht, ob die Regierung irgend welche Veranlassungen getroffen habe, um den Kranken ärztliche Hilfe zu bringen und der Weiterverbreitung der Seuche mit Erfolg entgegen zu wirken. — Fast noch größere Verheerungen als durch Cholera und Syphilis werden unter den lithauischen Landbewohnern durch das immer mehr um sich greifende Laster der Trunksucht angerichtet. Durch dasselbe gehen nicht bloß einzelne Individuen, sondern ganze Familien moralisch und physisch zu Grunde und ganze Gemeinden versinken in Armuth und Elend. Viele Gemeinden haben zu ihrer Selbsterrettung mit Genehmigung der Regierung eine Art Sittengericht eingesetzt, das die Bestimmung hat, die Trunkenbolde zu bessern, und zu diesem Zwecke sogar zur Verhängung kleiner Geld- und Freiheitsstrafen ermächtigt ist. Doch ist durch diese Einrichtung dem Uebel bis jetzt noch nicht gesteuert worden. Daß auch die Regierung nicht ohne Schuld ist an dem Umsichgreifen der Trunksucht, beweist die überaus große Zahl der von ihr konzessionirten Branntweinschenken. Nach zuverlässiger Berechnung kommt in Lithauen durchschnittlich auf je 277 Einwohner eine Branntweinschänke, während dort durchschnittlich für je 5403 Einwohner nur eine Schule besteht. Vor einigen Jahren war die Zahl der vorhandenen Branntweinschenken noch weit größer, indem eine Schänke durchschnittlich schon auf je 130 Einwohner kam. Die seitdem eingetretene Verminderung der Branntweinschenken ist hauptsächlich durch die Erhöhung der Malzsteuer und die dadurch bewirkte Vertheuerung des Branntweins herbeigeführt worden.

Staats- und Volkswirtschaft.

**** Post.** Dem A. Haupt-Bank-Direktorium ist von der obersten Postbehörde die Mittheilung gemacht worden, daß die Postanstalten Anweisung erhalten haben, es nicht mehr zu beanstanden, wenn bei Paketen mit Werthangabe die Signatur durch Aufkleben eines Stüchtes Papier hergestellt ist. Doch muß das Papier seiner ganzen Fläche nach auf die Sendung aufgeklebt (nicht aufgenäht u. dgl.) sein. Ein Aufnägen von Pappstücken auf Kisten, Fässern u. dgl. zum Zwecke der Signatur ist nicht gestattet. Heute beginnt bei den Postanstalten der Verkauf der Formulare zu den, am 15. d. M. ins Leben tretenden Postmandaten (5 Stüd für ¼ Sgr.). Die sind für Zinssätze bis 50 Thaler bestimmt. Das sehr einfache Verfahren ist folgendes: Der Abnehmer füllt das Mandatformular dem Vordruck entsprechend aus, und schließt es, nebst der zugehörigen quittirten Rechnung (dem Wechsel, Coupon, Schuldschein u. dgl.) in ein Couvert ein, welches von ihm an diejenige Postanstalt zu adressiren ist, in deren Stadt- oder Landbestell-Bezirk der Schuldner wohnt. Auf der Adresse des Couverts ist der Vermerk „Postmandatsbrief“ zu machen. Der Brief wird dann rekommandirt an die Postanstalt des Bestimmungsortes befördert; diese öffnet das Couvert und zieht von dem Schuldner unter Präsentation des Mandats und dessen Belages (Quittung, Wechsel u. dgl.) den Briefträger den Betrag ein, welcher demnach durch Postanweisung sofort direkt an den Abnehmer übermittelt wird. Der Mandatsbrief ist mit freimarken im Werthe von 5 Sgr. zu frankiren (3 Sgr. für den rekommandirten Brief, 2 Sgr. Gebühr für die Einziehung des Betrages). Die Großherzoglich badische Postverwaltung hat sich dem neuen Verfahren bereits angegeschlossen, und ungeachtet der Kürze der Zeit es ermöglicht, daß ebenfalls vom 15. Oktober ab, sowohl im inneren Verkehr des Großherzogthums, als im Wechselverkehr zwischen Baden und Norddeutschland, und Baden und Elsaß-Lothringen die Postmandate ins Leben treten können. Wie wir hören, sind auch von der bairischen und württembergischen Postverwaltung die nöthigen Schritte bereits geschehen, um die Mandate etwa zum 1. November einzuführen; die Verhältnisse liegen in diesen beiden Gebieten etwas schwieriger, als in dem zum 1. Januar 1872 in den Reichspostverband tretenden Großherzogthum Baden. (Reichsanz.)

Vissabon, 10. Okt. Nach Nachrichten aus Rio de Janeiro vom 22. September (pr. Dampfer „Reva“) betrugen seit letzter Post die Abladungen von Kaffee nach dem Kanal und der Elbe 4000 Sack, nach Havre, englischen Häfen, Belgien, Holland und Bremen 6500, nach Gibraltar und dem Mittelmeer 10,300, nach Nordamerika 42,900 Sack. Vorrath 130,000, tägliche Durchschnittszufuhr 8000 Sack. Preis für good first 7000 à 7200 Reis. Cours auf London 24 ½ à 24 ¼ d. Fracht nach dem Kanal 27 ½ Sch. Abladungen von Santos nach dem Kanal und der Elbe 11,300 Sack.

Vermischtes.

*** Geschenk an Bismarck.** Der Hamburger General-Agent der berühmten Bierbrauerei von A. Dreher in Schwabach übermittelte vor einigen Tagen dem Fürsten Bismarck eine Sendung des vortrefflichen Wiener Märzen. Der Fürst hat dem Ueberbringer jetzt folgendes Schreiben übermittelt: „Ein Wohlgeborner sage ich für das mir überhandte vortreffliche Wiener Märzen meinen verbindlichsten Dank und bitte zu entschuldigen, daß der erst gestern zu meiner Kenntniß gekommene Eingang der Sendung Ihnen nicht früher angezeigt worden ist.“ v. Bismarck.

*** Als Zeichen der erbitterten Stimmung,** welche noch immer, auch unter den gebildeten Klassen der französischen Bevölkerung herrscht, mag dienen, daß einer der feinsten und geistreichsten Feuilletonisten der Pariser Presse, Paul de St. Victor, ein Werk erscheinen läßt, das den vielversprechenden, liebenswürdigen Titel führt: „Barbaren und Banditen, Preußen und die Kommune.“

*** Ueber die Ursachen der Sterbefälle** in England im Jahre 1869 ist eine ungemein interessante Arbeit erschienen. Die Reimfrankheiten liefern in England 22.5 pCt. der ganzen Sterbestatistik. An Scharlachstarben starben nicht weniger als 27,641 Personen, dagegen hat die Diarrhöe weit weniger Opfer gefordert, als in den Jahren vorher; an Pocken starben 1565 Personen, wiewohl eine eigentliche Epidemie nicht herrschte. Unter der Rubrik Syphilis wurden 1859 Todesfälle angemeldet, und die Zahl ist in fürchterlicher Weise im Wachen begriffen; in den letzten 17 Jahren veränderte sich das Verhältniß von 3, auf 8. Unschuldige Kinder leiden am meisten, wenn auch nicht allein. Bei dem Kapitel der konstitutionellen Krankheiten finden wir hauptsächlich zwei: Gicht und Scropheln, von denen die erstere hauptsächlich der Feinschmederei, letztere dagegen dem Mangel an Nahrungsmitteln zugeschrieben werden; zumal die Gicht fordert gleich der Syphilis

Druck und Verlag von H. Deder & Co. (E. Köchel) in Rosen.